

Wirtschaftlicher Abwehrschirm

Description

Wirtschaftlicher Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges

Deutschland durch die Krise fÃ¼hren, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen helfen, den Gasmarkt stabilisieren, Versorgungssicherheit gewÃ¤hrleisten

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf Europa und unser Land. Es geht um unsere Sicherheit, um unsere Freiheit und um unseren Wohlstand. Mit unseren Partnern in Europa und der Welt unterstÃ¼tzen wir deshalb die Ukraine und verteidigen die Werte von Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie in Europa. PrÃ¤sident Putin hat diesen Krieg zu verantworten, mit all seinen Konsequenzen.

Russland kÃ¤mpft nicht nur einen militÃ¤rischen Krieg in der Ukraine, Russland nutzt auch Energie als Waffe. In den letzten Wochen hat sich die Lage dramatisch zugespitzt. Seit Beginn des Krieges hat PrÃ¤sident Putin die Gasversorgung als politische und Ã¶konomische Waffe gegen die UnterstÃ¼tzung der westlichen Welt, insbesondere Europa, eingesetzt. Ab jetzt ist mit Gaslieferungen aus Russland nicht mehr zu rechnen.

Die Bundesregierung hat mit ihren bisherigen Entscheidungen stets konsequent auf die Lage reagiert. Sie hat Gasimporteure und Energieversorgungsunternehmen mit LiquiditÃ¤t und Krediten gestÃ¼tzt. Einzelne Unternehmen wurden unter staatliche Treuhand gestellt oder verstaatlicht, um die Energieversorgungssicherheit und die WettbewerbsfÃ¤higkeit der deutschen und europÃ¤ischen Wirtschaft zu erhalten. Mit den Sabotageakten auf die Gaspipelines in der Ostsee ist eine weitere Eskalationsstufe erreicht.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs belasten die BÃ¼rgerinnen und BÃ¼rger sowie die Wirtschaft in Deutschland stark â?? insbesondere die steigenden Energiekosten fÃ¼hren zu anhaltend hoher Inflation. Dadurch geht Kaufkraft verloren, Unternehmen verlieren an WettbewerbsfÃ¤higkeit. Wir stehen daher einig und solidarisch zusammen. Wir werden die wirtschaftliche Substanz unseres Wohlstandes erhalten. Niemand in Deutschland wird mit den Folgen des Krieges alleingelassen.

Die neue Lage erfordert erneut eine konsequente Antwort: Mit einem umfassenden Abwehrschirm werden die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen fÃ¼r Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abgefedert. Dies wahrt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Ã¶konomische LeistungsfÃ¤higkeit unseres Landes.
Es werden mehr KapazitÃ¤ten bei WÃ¤rme und Strom in den Markt gebracht. Durch Einsparungen wird die AbhÃ¤ngigkeit von Gas â?? und auch anderen fossilen EnergietrÃ¤gern â?? schneller reduziert. Neben der Strompreisbremse wird die Bundesregierung eine Gaspreisbremse einfÃ¼hren. FÃ¼r den Abwehrschirm stellt die Bundesregierung umfangreiche Finanzmittel in HÃ¶he von bis zu 200 Milliarden Euro zur VerfÃ¼gung.

FÃ¼r den Abwehrschirm werden als Krisenreaktion die notwendigen Ressourcen mobilisiert. Die EinschrÃ¤nkungen in der kurzfristigen VerfÃ¼gbarkeit von Energie und die extremen Steigerungen und Schwankungen in den Preisen fÃ¼r Energie stellen jetzt eine auÃ?ergewÃ¶hnliche Herausforderung fÃ¼r die deutsche Volkswirtschaft dar. Auf die Aggression Russlands reagieren wir entschlossen und stellen heute klar, dass es keinen Zweifel daran gibt, dass wir die notwendigen finanziellen Ressourcen aufbringen um gegenzuhalten. DafÃ¼r stellen wir, auch als Signal an Russland und fÃ¼r die Planbarkeit der Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen, bereits heute ein so hohes Finanzvolumen zur VerfÃ¼gung. Die BÃ¼rgerinnen und BÃ¼rger sowie Unternehmen kÃ¶nnen darauf vertrauen, dass der Abwehrschirm mit ausreichenden finanziellen Ressourcen ausgestattet ist. Das Volumen ist erheblich, aber gemessen an der GrÃ¶Ã?e und LeistungsfÃ¤higkeit unserer Volkswirtschaft verhÃ¤ltnismÃ¤Ã?ig und langfristig tragbar. Die fiskalischen Reserven Deutschlands werden weiterhin nicht ausgeschÃ¶pft, um stets HandlungsfÃ¤higkeit zu erhalten.

Die fiskalische Resilienz und nachhaltige FinanzstabilitÃ¤t des deutschen Staates wird geachtet.
Die Fiskalpolitik wird die Inflation nicht zusÃ¤tzlich befeuern. FÃ¼r den Bundeshaushalt wird daher ab dem nÃ¤chsten Jahr weiter mit der Regelgrenze der Schuldenbremse geplant. DafÃ¼r sind weiterhin Priorisierungen im Haushalt notwendig. Die deutschen Bundesanleihen werden so

weiterhin das hÃ¶chste Vertrauen der FinanzmÃ¤rkte genieÃ?en.

Auch auf europÃ¤ischer Ebene gilt es, gemeinsame BeschlÃ¼sse zu einer DÃ¤mpfung der Gas- und Strompreise herbeizufÃ¼hren. DafÃ¼r werden wir uns als Bundesregierung einsetzen.
Aufgrund integrierter europÃ¤ischer Gas- und StrommÃ¤rkte ist es elementar, zu gemeinsamen LÃ¶sungen auf europÃ¤ischer Ebene zu kommen und die europÃ¤ischen Ã?berlegungen national miteinzubeziehen.

Der Abwehrschirm umfasst folgende MaÃ?nahmen:

1. Angebot ausweiten, Verbrauch senken: Durch die Ausweitung des Angebots an Energie und die Senkung des Verbrauchs werden wir einen zentralen Beitrag leisten, dass die Gaspreise auf den MÃ¤rkten wieder sinken. Dazu gehÃ¶rt u.a. eine umfassende Verbesserung des Angebots durch AusschÃ¶pfung aller Potentiale der Erneuerbaren Energie, bei der Kohleverstromung einschlieÃ?lich Sicherstellung der entsprechenden Versorgungstransporte, die ErmÃ¶glichung eines â??Fuel Switchâ?? und der Aufbau von Importstrukturen durch FlÃ¼ssiggas-Terminals (LNG-Terminals). Wir schaffen auÃ?erdem jetzt die MÃ¶glichkeit, die sÃ¼ddeutschen Atomkraftwerke bis zum FrÃ¼hjahr 2023 laufen zu lassen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird weiter priorisiert und beschleunigt: Wir werden dafÃ¼r sorgen, dass die geplanten Ausschreibungen fÃ¼r Offshore-Windparks so schnell wie mÃ¶glich umgesetzt werden. Zudem werden wir mit LÃ¤ndern, in denen die MÃ¶glichkeit zur ErschlieÃ?ung neuer Gasfelder besteht, im Rahmen der Verpflichtungen des Pariser Klimabkommens zusammenarbeiten, um die ausfallenden russischen Gaslieferungen durch neu erschlossenes LNG-Angebot zu ersetzen. Wir werden im Rahmen der aktuellen europÃ¤ischen Diskussion den vernetzten Ausbau gemeinsamer FlÃ¤chen fÃ¼r Offshore Wind, den Ausbau von Interkonnektoren sowie paneuropÃ¤ische Investitionen in Wasserstoff-kompatible Pipeline-Infrastruktur vorantreiben. Wir werden dafÃ¼r sorgen, dass Ã¼ber die letzten Monate mit finanzieller UnterstÃ¼tzung der Bundesregierung eingespeicherte Gasmengen Ã¼ber die Wintermonate wieder dem Markt zur VerfÃ¼gung gestellt werden.
DafÃ¼r werden Spot- und TerminmÃ¤rkte genutzt.

Die Bundesregierung appelliert an Unternehmen und private Haushalte, den Energieverbrauch zu senken, und achtet darauf, dass die Preissignale soweit wie mÃ¶glich wirken. Zudem hat die Bundesregierung bereits eine Reihe konkreter MaÃ?nahmen ergriffen, u.a. die Verordnungen zur Senkung des Energieverbrauchs, die EinfÃ¼hrung eines Regelenergieproduktes, das Aufsetzen einer umfassenden Energiesparkampagne und MaÃ?nahmen zur Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz, die fortlaufend angepasst werden.

2. EinfÃ¼hrung einer Strompreisbremse fÃ¼r Verbraucherinnen und Verbraucher sowie alle Unternehmen. Weil Gas aktuell den Preis setzt und weil dieser gerade so hoch ist, erzielen die Nicht-Gaskraftwerke sehr starke Zufallsgewinne. Diese sollen genutzt werden, damit

Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen stÃ¤rker

von den gÃ¼nstigen Produktionskosten der erneuerbaren Energien und der Ã¼brigen Stromerzeuger profitieren und dies auf ihrer Stromrechnung sehen.
FÃ¼r Verbraucherinnen und Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wird ein sogenannter Basisverbrauch subventioniert (Basispreis-Kontingent). FÃ¼r den darÃ¼berhinausgehenden Verbrauch wird der jeweils aktuelle Marktpreis angelegt. So werden Verbraucherinnen und Verbraucher entlastet, zugleich wird zur Reduktion des Verbrauchs angeregt. Ziel ist es, den Endkundenpreis fÃ¼r Strom auf der Stromrechnung zu senken und von den hohen Preisen am GroÃ?handelsmarkt zu entkoppeln. Es soll administrativ handhabbar sein und zeitlich schnell umgesetzt werden. Die Ã¼brigen Unternehmen, insbesondere groÃ?e Industrieunternehmen, werden in Ã¤hnlicher Weise ebenfalls entlastet, indem ein spezifischer Basisverbrauch verbilligt wird.

3. SchnellstmÃ¶gliche EinfÃ¼hrung einer Gaspreisbremse. Die Gaspreisbremse wird die in einer Hochpreisphase auftretenden Belastungen fÃ¼r Haushalte und Unternehmen abfedern. Dadurch werden diese finanziell spÃ¼rbar und sichtbar entlastet. Die Abfederung ist eine temporÃ¤re MaÃ?nahme. Daher werden die Preise (zumindest fÃ¼r einen Teil des Verbrauchs) auf ein Niveau gebracht, welches private Haushalte und Unternehmen vor Ã?berforderung schÃ¼tzt. Gleichzeitig sollen Anreize zur Reduktion des Gasverbrauchs erhalten bleiben. Die Gaspreisbremse ist befristet und kann nach Evaluierung verlÃ¤ngert werden. Ziel ist auch hier, sie administrativ handhabbar zu machen und zeitlich schnell umzusetzen.

Die genaue Ausgestaltung der Gaspreisbremse entlang der voranstehenden Leitlinien wird unter BerÃ¼cksichtigung entsprechender VorschlÃ¤ge der â??ExpertInnen-Kommission Gas und WÃ¤rmeâ?? festgelegt werden, die bereits Mitte Oktober einen entsprechenden Bericht vorlegen soll.

4. Reaktivierung und Neuausrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) soll im Jahr 2022 mit zusÃ¤tzlichen KreditermÃ¤chtigungen aufgrund von Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 des Grundgesetzes in HÃ¶he von 200 Milliarden Euro ausgestattet werden. Dadurch werden die MaÃ?nahmen der KrisenbewÃ¤ltigung von allgemeinen politischen Vorhaben unterschieden. Die MÃ¶glichkeiten der Nutzung des WSF sind deshalb auf folgende Aufgaben begrenzt:

a. Finanzierung der Gaspreisbremse.

b. LiquiditÃ¤t und ZuschÃ¼sse fÃ¼r die Strompreisbremse. FÃ¼r die Finanzierung der Strompreisbremse wird weiterhin die AbschÃ¶pfung der Zufallsgewinne der Stromproduzenten herangezogen. Bei Bedarf kÃ¶nnen bei Auseinanderfallen der Umsetzung der Entlastung und AbschÃ¶pfung jedoch Mittel aus dem WSF als LiquiditÃ¤tshilfe zeitlich begrenzt genutzt werden.

c. Finanzierung weiterer StÃ¼tzungsmaÃ?nahmen fÃ¼r aufgrund des Krieges in Schwierigkeiten geratene Unternehmen. Den Unternehmen, die nicht in ausreichendem AusmaÃ? von der Strom- und Gaspreisbremse erfasst werden, stehen LiquiditÃ¤ts- und Eigenkapitalhilfen zur VerfÃ¼gung. Diese richten sich zielgerichtet auf durch den Angriffskrieg Russlands verursachte Notlagen und vermeiden Mitnahmeeffekte. Hier soll auch eine Regelung fÃ¼r HÃ¤rtefÃ¤lle geschaffen werden.

d. Ersatzbeschaffungskosten fÃ¼r aufgrund des Krieges in Schwierigkeiten geratene und fÃ¼r die MarktstabilitÃ¤t relevante Gasimporteure. Die saldierte Preisanpassung wird daher aufgehoben und fÃ¼r die besonders betroffenen Unternehmen SEFE, Uniper und VNG werden stattdessen maÃ?geschneiderte LÃ¶sungen entwickelt.

EnergiekostendÃ¤mpfungsprogramm (EKDP) und KMU-Programm gehen in diesen MaÃ?nahmen auf.

5. EU-Solidarabgabe fÃ¼r Unternehmen im Energiebereich. Die Bundesregierung unterstÃ¼tzt den Vorschlag der EuropÃ¤ischen Kommission zur EinfÃ¼hrung einer Solidarabgabe fÃ¼r Unternehmen im ErdÃ¶l-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich und setzt sich fÃ¼r eine politische Einigung auf dem Sonder-Energierat am 30. September ein.

6. Reduzierung Umsatzsteuer Gas. UnabhÃ¤ngig von der Gasumlage werden wir die Umsatzsteuer auf Gas bis zum FrÃ¼hjahr 2024 auf den reduzierten Satz von 7 Prozent begrenzen. Der ermÃ¤Ã?igte Umsatzsteuersatz wird auÃ?erdem auf FernwÃ¤rme ausgeweitet. Dies ist ein weiterer Beitrag zur DÃ¤mpfung der Energiekosten.

7. Vermeidung unverhÃ¤ltnismÃ¤Ã?iger BÃ¼rokratie. Die Krise fÃ¼hrt bei vielen Unternehmen zu zusÃ¤tzlichen Belastungen. Es wird deshalb sorgfÃ¤ltig darauf geachtet, dass wÃ¤hrend der Zeit der Krise keine unverhÃ¤ltnismÃ¤Ã?igen zusÃ¤tzlichen BÃ¼rokratielasten die Wirtschaft beeintrÃ¤chtigen (Belastungsmoratorium). DafÃ¼r wird sich die Bundesregierung auch in der EuropÃ¤ischen Union einsetzen.

Die hier beschriebenen MaÃ?nahmen des Bund helfen auch LÃ¤ndern und Gemeinden. Auch Schulen, Sportvereine und kommunale Unternehmen wie KrankenhÃ¤user und Kultureinrichtungen profitieren vom Abwehrschirm. Hierdurch sinken potentielle Belastungen bei LÃ¤ndern und Kommunen, die andernfalls diese Unternehmen und Einrichtungen stÃ¤rker unterstÃ¼tzen mÃ¼ssten. Vor diesem Hintergrund und angesichts der erheblichen Kreditaufnahme im Rahmen des WSF erwartet der Bund bei den anstehenden Verhandlungen mit den LÃ¤ndern zur Finanzierung des Entlastungspakets III, dass die LÃ¤nder ihren finanziellen Beitrag erbringen kÃ¶nnen.

Date
22.11.2026
Date Created

29.09.2022